



Wortprotokoll der 64. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 5. Juni 2024, 17:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 4

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Herrn **Reiner Hoffmann**, über das Thema „**Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Transformation**“ sowie dessen ergänzende **Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Ziel- und Indikatorensystems der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie**

hierzu verteilt

Ausschussdrucksache 20(26)116



Tagesordnungspunkt 2 **Seite 14**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)116

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 14**

Beschlussfassung über die Durchführung
öffentlicher Fachgespräche

- a) zum Thema „SDG 3 - Gesundheit und Wohlergehen
(Schwerpunkt Gesundheitsförderung und
Prävention)“ am 26. Juni 2024
- b) zum Thema „Nachhaltiger Tourismus“ am
3. Juli 2024

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 14**

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

| | Ordentliche Mitglieder | Stellvertretende Mitglieder |
|--------------------------|---|---|
| SPD | Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand | Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin |
| CDU/CSU | Brinkhaus, Ralph Kaufmann, Dr. Stefan Mayer-Lay, Volker Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang Weiss, Maria-Lena | Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas Mannes, Dr. Astrid |
| BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Ganserer, Tessa Menge, Susanne Wagner, Johannes | Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelsen, Swantje Henrike |
| FDP | Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina | Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad |
| AfD | Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer | Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael |



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich eröffne die 64. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) und begrüße Sie alle sehr herzlich. Ich begrüße außerdem zu meiner Rechten den Vorsitzenden des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE), Reiner Hoffmann. Herzlich willkommen, lieber Reiner.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir haben ein neues ordentliches Mitglied, unsere Kollegin Maria Lena Weiss (CDU/CSU). Sie folgt der Abgeordneten Dr. Astrid Mannes (CDU/CSU) nach, die jetzt stellvertretendes Mitglied ist.

Außerdem haben wir drei Geburtstagskinder. Das sind die Kolleginnen Tessa Ganserer und Tina Rudolph sowie der Kollege Nils Gründer. Allen einen herzlichen Glückwunsch.

Tagesordnungspunkt 1

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Herrn Reiner Hoffmann, über das Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Transformation“ sowie dessen ergänzende Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Ziel- und Indikatorensystems der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

hierzu verteilt

Ausschussdrucksache 20(26)116

Unser erster Tagesordnungspunkt ist das Gespräch mit dem Vorsitzenden des RNE, Reiner Hoffmann. Wir haben zwei Themen mit anschließender Frage- und Diskussionsrunde auf der Agenda. Einer der Schwerpunkte, den sich der RNE gesetzt hat, ist der gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Transformation. Wir merken jetzt, wo es konkret um die Überleitung in eine CO₂-freie Art und Weise zu leben und zu wirtschaften geht, wie sehr die Diskussionen zunehmen und, teilweise jedenfalls, kontroverser werden. Und das in einer Situation, in der von außen viele Konflikte auf uns einwirken. Ich habe letztes von einer Kollegin gehört, die Jugendliche oder eine Schulklasse daraufhin befragt hat, was man denn in so einer Situation am besten machen sollte. Die Antwort

war ganz kurz. Sie lautete: „Krasser Zusammenhalt“.

Dann geht es im Weiteren um die ergänzenden Empfehlungen zur Weiterentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, insbesondere des Ziel- und Indikatorensystems. Herzlichen Dank für die Zuleitung der Unterlagen.

Die Ziele der Empfehlungen des RNE kann man in drei Punkten zusammenfassen: Schaffung von nachhaltigen Lebenswelten, Behebung eines sich stetig verschärfenden Fachkräftemangels, insbesondere in den für die Klimaneutralität erforderlichen Arbeitsbereichen und die Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen als zentrales Element für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir haben ein Eingangsstatement von etwa 15 Minuten vereinbart und dann, nach dem üblichen Verfahren, eine Fragerunde im 5-Minuten-Rhythmus. Mein Ziel wäre, dass wir nach etwa einer Stunde zum Ende kommen. Wir haben dann noch unsere Routine-Tagesordnungspunkte. Daran schließt sich eine zweite Sitzung zum Thema „Wasserstoff“ an.

Die RNE-Stellungnahmen sind auf Ausschuss-Drucksache 20(26)116 veröffentlicht worden. Es handelt sich heute um eine öffentliche Sitzung. Sie ist live im Parlamentsfernsehen auf Kanal 4 zu sehen. Sie wird später in der Mediathek des Bundestages und auf unserer Website abrufbar sein. Wie immer gibt es auch einen Mitschnitt für das Wortprotokoll, das wir anfertigen werden.

Wir beginnen mit dem Bericht aus dem RNE. Lieber Reiner, du hast das Wort.

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Lieber Helmut, ganz herzlichen Dank. Sehr verehrte Damen und Herren, es ist nicht das erste Mal, dass ich bei Euch, bzw. bei Ihnen bin, aber seien Sie gewiss, ich komme immer wieder gerne. Heute bin ich nachhaltig mit dem Fahrrad unterwegs, was dazu geführt hat, dass ich meine Fahrradtasche zu Hause habe liegen lassen. Ich stellte das erst fest, als ich hier war, und muss jetzt weitestgehend improvisieren. Es wird mir aber hoffentlich gelingen. Vielleicht noch mal zur Erinnerung. Der RNE hat sich für diese Amtszeit drei Schwerpunkte gesetzt. Das erste Thema sind Wege



in Richtung „Netto Null“, also „Klimaneutralität“. Das zweite Thema beschäftigt sich mit „Artenvielfalt und Biodiversität“, einem Thema, das in der öffentlichen Debatte bislang nicht so im Fokus steht, aber mindestens genauso wichtig ist, wie das Thema „Klimawandel“ und Wege in Richtung „Netto Null“. Wir haben uns als dritten Schwerpunkt, wobei das kein Ranking bedeutet, dem Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ angenommen, dies auch vor dem Hintergrund sich schon zum Teil wirklich verändernder Rahmenbedingungen, die Sie alle kennen. Es stellt ein Risiko für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar, diese neuen geopolitischen Herausforderungen auf der einen Seite und der anspruchsvolle Weg in Richtung klimaneutrales Wirtschaften und Leben auf der anderen Seite. Das erzeugt Reibungen. Reibungen sind nicht schlecht, wenn sie Wärme erzeugen und damit sozusagen nach vorne gerichtet sind. Aber es ist auch ein Risiko. Das ist gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen, der Europawahl und den Landtagswahlen und dem Erstarken rechtsnationaler Kräfte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa, ein Risiko für unsere demokratische Verfasstheit. Da sind wir als RNE sehr klar aufgestellt und positioniert. Ein Leitmotiv der Arbeit unseres Rates ist die gelingende Transformation. Gelingende Transformation geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Menschen. Ich tue mich ein bisschen schwer mit diesem Begriff „wir müssen die Menschen mitnehmen“. Das kommt auch in unseren Stellungnahmen zum Ausdruck. Das hört sich immer so ein bisschen passiv an, nach dem Motto „Wir machen das schon für Euch, Ihr müsst uns nur folgen“. Ich glaube, das wird schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Wir müssen die Menschen zu Beteiligten machen und ihnen dementsprechende Möglichkeiten zur Partizipation einräumen.

Deshalb fange ich auch mit dem ersten Stichwort an, den „Lebenswelten“. Wir haben dazu entsprechende Stellungnahmen verabschiedet: „Empfehlungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Arbeitswelt“ und „It’s the politics, stupid – die Verantwortung von Staat und Gesellschaft für nachhaltige Lebenswelten“. Gerade letzte Woche auf der Ratssitzung haben wir ein Positionspapier zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Kommunen verabschiedet. In

den Stellungnahmen beginnen wir damit, dass es nicht nur darum geht, die Menschen mitzunehmen, sondern sie zu Beteiligten zu machen. Vielfach wird von der Politik suggeriert, dass es sich weitestgehend um ein technisches, ein technologisches Problem bzw. ein Problem von Innovation handelt, und dann wird uns das mit der „Klimaneutralität“ schon gelingen. Wir sagen in unserer Stellungnahme ganz klar, dass es natürlich eine Herausforderung von Innovationen und Technologien ist, aber es gibt auch eine soziale und eine kulturelle Dimension der Transformation, die Menschen dazu befähigt, nachhaltige Lebensweisen überhaupt zu praktizieren – oder noch mal zugespitzt formuliert: Nachhaltige Lebensweisen muss man sich auch leisten können.

Damit sind wir bei den Zielkonflikten. Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, diese Zielkonflikte zu benennen. Das ist die Voraussetzung für gute Lösungen. Bei den Zielsetzungen gibt es wenig Dissens unter den demokratischen Parteien und das ist gut so, aber es wird natürlich immer um die besten Lösungen gerungen. Diese Lösungen sind eben nicht nur technologischer Natur, sie haben ganz viel mit den Lebenswelten der Menschen zu tun. Was wir nicht gut finden, sind moralisierende Debatten. Es geht sicherlich um Moral, aber nicht um moralisieren in dem Sinne, wenn jeder Einzelne sich nur genügend anstrengt, dann wird das schon gelingen. Nein, nachhaltige Lebensweisen sind voraussetzungsvoll. Zu diesen Voraussetzungen gehören beispielsweise infrastrukturelle Bedingungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Da haben wir den Finger schon in die Wunde gelegt. Die Schaffung infrastruktureller Voraussetzungen – da gibt es einen engen Kontext zu unserem Papier in Bezug auf Kommunen und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt – sind häufig sehr schwierig. Da geht es beispielsweise um nachhaltige Mobilität, um die Frage der Wärmeversorgung oder um die Frage der Energie. Damit verbunden sind nicht nur individuelle Entscheidungen bzw. Entscheidungsoptionen, sondern Voraussetzungen sind entsprechende Möglichkeiten der Daseinsvorsorge und infrastrukturelle Maßnahmen. Uns ist es wichtig, diese mit in den Fokus zu nehmen. Damit sind auch Verteilungskonflikte verbunden. Das haben wir beispielsweise bei dem Gebäude-Energie-Gesetz



oder dem Heizungsgesetz gesehen. Wie wird der Ausgleich gelingen bei einer steigenden CO₂-Bepreisung, die natürlich Wirkungen auf Menschen, insbesondere mit kleineren und mittleren Einkommen hat? Wie kann man das auffangen, wie kann man das kompensieren? Dafür sprechen wir uns ganz klar aus und nehmen Bezug auf die österreichischen Erfahrungen. Wir brauchen mehr Zielgenauigkeit. Zielgenauigkeit im Hinblick darauf, was Menschen wirklich leisten oder auch sich leisten können. Da gibt es vielfältige Untersuchungen. Wir werden hier auch mit einer kleinen Studie nachlegen. Es macht einen Unterschied, ob ich als Mieter in einem Gebäude wohne, das energetisch nicht saniert ist und mit Gas oder Öl betrieben wird, worauf die Mieter keinen Einfluss haben. Wenn solche Maßnahmen getroffen werden, muss irgendjemand die Zeche bezahlen, es kann nicht nur auf die Miete abgewälzt werden. Es macht einen Unterschied, ob ich auf dem Land wohne oder in der Stadt, ob ich eine gute Anbindung an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) habe, um zur Arbeit zu kommen oder ob ich auf das private Auto angewiesen bin, möglicherweise nicht die Ressourcen habe, um auf ein E-Mobil oder auf ein Elektrofahrzeug umzusteigen. Das sind alles Spannungsfelder, in denen wir – auch um die Akzeptanz und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken – einen Ausgleich benötigen. Deshalb unser ganz klares Plädoyer dafür, dass wir ein sozial gestaffeltes Klimageld brauchen. Wir werden uns, um das zu konkretisieren, Erfahrungen aus anderen Bundesländern und auch die diversen Studien anschauen, die es zu dem Thema gibt. Wenn es um infrastrukturelle Voraussetzungen, um allgemeine Daseinsvorsorge geht, stellt sich immer wieder die Frage der Finanzierung. Wir haben ein Ausgabenproblem. Man kann auch argumentieren, wir haben ein Einnahmeproblem. Da sind wir als RNE, der aus Multistakeholdern mit Vertretern ganz unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen zusammengesetzt ist, grundsätzlich der Auffassung, dass wir sowohl im Bereich der Fiskalpolitik einen erheblichen Reformbedarf haben, als auch bei der viel zitierten und diskutierten „Schuldenbremse“ ein Problem sehen. Zur Sicherstellung der Handlungsmöglichkeiten des Staates, aber insbesondere auch der Kommunen, wo 50 Prozent

der öffentlichen Investitionen getätigt werden, müssen wir hier Voraussetzungen schaffen, entweder über die Einnahmeseite oder aber über den fiskalpolitischen Rahmen. Ich will das hier nicht vertiefen, ich kenne die Position der politischen Parteien dazu, will nur unterstreichen, dass wir als RNE erheblichen Reformbedarf sehen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat zusammen mit dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) vor wenigen Wochen ein aktualisiertes Gutachten veröffentlicht, aus dem hervorgeht, dass wir in Deutschland in den nächsten zehn Jahre einen Investitionsbedarf von ungefähr 600 Milliarden Euro, also 60 Milliarden Euro im Jahr, haben. Davon ausgehend werden wir mit diesen beiden Instituten nach der Sommerpause gemeinsam ein Gutachten auf den Weg bringen, um neue fiskalpolitische Spielräume oder aber auch Reformbedarfe im Bereich der „Schuldenbremse“ zu erörtern und in die Diskussion einzubringen. Das ist, glaube ich, eine gewisse Stärke des RNE, wenn uns das gelingt, da einen substanziellen Beitrag leisten zu können.

Ich komme zur ersten Stellungnahme „Empfehlungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Arbeitswelt“. Das ist wie in den Kommunen. In der Arbeitswelt, im Betrieb, in der Verwaltung wird die Transformation in Richtung Klimaneutralität sehr konkret, sehr praktisch und ist vielfach mit Verunsicherung, Sorgen und manchmal auch mit Ängsten verbunden. Ängsten insbesondere, ob der Arbeitsplatz in Zukunft sicher ist, ob auch die Kinder und Enkelkinder zukünftig Perspektiven auf gute Arbeit haben. Hier ist zunächst die gute Botschaft aus unterschiedlichen Studien, dass wir am Ende bei einem Nullsummenspiel rauskommen, was die Gesamtbeschäftigung betrifft. Das hat etwas mit der demografischen Entwicklung zu tun. Wir wissen, dass in der Automobilindustrie, insbesondere in der Zuliefererindustrie, 200.000 Arbeitsplätze verloren gehen werden. Das ist eine ältere Studie des Fraunhofer-Instituts. Es werden aber in vielen Bereichen neue Arbeitsplätze entstehen. Das Problem, das wir hier haben, sind die Asymmetrien, wo Arbeit entfällt und wo neue entsteht. Deshalb brauchen wir eine anspruchsvolle Struktur-, Arbeitsmarkt-,



Beschäftigungs- und Industriepolitik, um mit diesem „Mismatch“ umzugehen.

Ich komme gerade von einer Veranstaltung „Zukunft durch Industrie“. Da wurde noch einmal das Beispiel der Lausitz zitiert. Nach 30 Jahren Strukturbruch kann man heute feststellen, dass es aufgrund eines vernünftigen Policy-Mix, der zum Teil auch Ergebnis der Kohlekommission war, gelingen kann, hochqualitative, wertvolle Beschäftigung neu anzusiedeln. Aber das kommt nicht von allein, sondern das braucht entsprechende Arbeitsmarkt-, Industrie- und strukturpolitische Maßnahmen. Darauf orientieren wir uns ganz klar. Bei aller Sorge um die Beschäftigung stellen wir aber fest, dass wir paradoxerweise einen Arbeitskräftemangel haben, nicht nur einen Fachkräftemangel. Auch das muss man ganz deutlich sagen. Es geht nicht nur um Fachkräfte. Es geht zukünftig auch um einfache Tätigkeiten, mit denen Menschen ein halbwegs vernünftiges Einkommen erzielen können. Diese Perspektive, dass Menschen ein vernünftiges Einkommen erzielen, ist uns als RNE ganz wichtig. Bei dem Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel bedeutet das zunächst einmal, dass wir die Potenziale heben. Wir haben Potenziale, beispielsweise im Bereich der Frauenerwerbsarbeit. Frauen sind nach wie vor viel zu häufig in Teilzeit beschäftigt. Hier gibt es auch Fehlintensivierungen. Wir sagen ganz klar, das Ehegattensplitting ist von gestern und eines dieser Fehlintensivierungen, dass Frauen nicht im gleichen Maße erwerbstätig sind wie Männer. Das muss korrigiert werden. Wir haben aber auch erhebliches Potenzial im Bereich der An- und Ungelernten oder auch bei den Langzeitarbeitslosen, die potenzielle Erwerbstätige sein könnten, bei allen Schwierigkeiten, die es in dem Segment durchaus gibt. Hier wird deutlich, dass die Themen „Qualifizierung, Kompetenz und Bildung“ extrem wichtig sind. Wir sagen in diesem Zusammenhang, „lasst uns nicht nur auf ein Segment der Bildung schauen, sondern lasst uns das Thema ‚Bildung‘ über die gesamte Bildungskette in den Blick nehmen“. Das fängt bei der frühkindlichen Erziehung an, geht über die schulische Grundausbildung, die berufliche Ausbildung, die universitäre Ausbildung und dann letztendlich in Bezug auf die Möglichkeiten zum lebensbegleitenden Lernen, Stichwort

„Weiterbildung“, weiter. Da ist vieles auf den Weg gebracht worden. Das ist gut so. Aber ich glaube, wir können hier noch anspruchsvoller werden. So ist zumindest die Meinung des RNE.

Wir kommen natürlich an einem Thema nicht vorbei, ohne blauäugig zu sein. Wir alle wissen, Deutschland ist ein Einwanderungsland und Deutschland muss weiterhin attraktiv für Zuwanderung sein. Hier machen wir eine klare Unterscheidung zwischen „Migration“ und „Flucht“, also „Arbeitsmigration“ und „Flucht“. Das ist sensibel, und das muss man sensibel anfassen.

Ich sehe gerade, ich bin schon über der Zeit und nenne nur noch zwei Schwerpunkte. Wenn wir Menschen auf dem Wege der Transformation gute Beschäftigungsperspektiven geben wollen, dann geht das nur mit einer entsprechenden Beteiligung. Das heißt, der RNE spricht sich hier ganz klar dafür aus, die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Wir unterstützen, was im Koalitionsvertrag vereinbart und was mittlerweile auch Recht der Europäischen Union (EU) ist, dass wir in Deutschland dringend die Tarifbindung erhöhen müssen. Nur 50 bis 52 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tarifgebundenen Betrieben. Das bedeutet weniger Geld, längere Arbeitszeiten, weniger Urlaub. Das ist nicht attraktiv für eine Transformation, wenn ich aus einem guten Beschäftigungsverhältnis herauskomme, in der Perspektive in einem schlechten Beschäftigungsverhältnis zu landen. Deshalb hier auch nochmal ein Plädoyer und eine Unterstützung dessen, was sich die Koalition im Koalitionsvertrag vorgenommen hat. An dieser Stelle mache ich einen Punkt. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön. Es sind viele wichtige Punkte angesprochen worden. Ich sammle Wortmeldungen. Ich sehe Herrn Schreiner, Frau Ganserer, Frau Hagl-Kehl, Herr Gerschau. Dann fangen wir so an. Bitte, Herr Schreiner.

Abg. **Felix Schreiner (CDU/CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Vorsitzender, lieber Herr Hoffmann, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Wenn man an den Punkten entlang geht, die Sie erwähnt haben, dass Sie mit



dem Thema „Bürgerbeteiligung“ begonnen haben und das Thema „Partizipation“ behandelt haben, fand ich sehr wohltuend. Aber ich glaube, das erklärt auch schon das ganze Problem in einem Satz. Ich wünsche Ihnen, dass Ihre Papiere gelesen werden. Ich habe sie angeschaut, habe sie natürlich auch alle gelesen und ich weiß, dass es auch nicht immer möglich ist, Dinge zu verkürzen bzw. verkürzt darzustellen. Aber wahrscheinlich müssen wir alle gemeinsam, der RNE auf seine Weise, wir hier in diesem Gremium und im Deutschen Bundestag insgesamt versuchen, dass wir die Botschaften, die wir zur Nachhaltigkeit platzieren wollen, in anderen Formaten und mit übersichtlicheren Dingen kundtun. Wir erleben das ja gerade alle miteinander. Sie haben das Thema „Infrastruktur und Teilhabe“ angesprochen. Wir haben hier im Deutschen Bundestag, im Verkehrsausschuss, im Bereich der Mobilität natürlich Debatten, die ich spannend finde, wenn sie aus der Berliner Sicht debattiert werden. Wenn ich am Freitag nach Hause komme, darf ich das gar keinem erzählen, denn sie sagen mir „Felix, du hast ja nicht mehr alle beisammen, was du da erzählst, von deinen Zukunftsmodellen. Wir wollen unser Auto, wir brauchen einen Verbrennungsmotor, wir wissen gar nicht mehr, wie wir beispielsweise im Schwarzwald von A nach B kommen“. Die Lebenswirklichkeit hat jeder von uns und ich glaube, dass die Spaltung in der Diskussion groß ist. Ich möchte Sie fragen, was denn Ihre Sicht auf unsere Arbeit ist und wie wir gemeinsam versuchen können, das Thema „Nachhaltigkeit“ auf der politischen Agenda stärker in den Fokus zu setzen, als es bisher der Fall ist. Das ist durchaus mit Selbstkritik verbunden, aber natürlich auch mit der Notwendigkeit, dass sich die politische Welt und die politische Agenda geändert haben. Mit Blick auf die Bundestagswahl und nach der Europawahl müssen wir wieder versuchen, dieses Thema in den Mittelpunkt der politischen Agenda auch hier im Haus zu setzen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Am besten machen Sie eine direkte Beantwortung. Wir haben jeweils Fünf Minuten Zeit für die Frage inklusive Beantwortung.

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Ich finde es in dem Kontext wichtig, dass wir nicht so eine

abstrakte Diskussion führen, sondern das Ganze mit ganz praktischen Projekten, Beispielen und Bildern untermauern. Allein der Transformations- und der Nachhaltigkeitsbegriff ist für die Menschen in Ihrem Wahlkreis, wie in vielen anderen Wahlkreisen, schon relativ abstrakt und verursachen möglicherweise schon Missstimmung. Um dem entgegenzutreten, ist es ganz wichtig, wenn wir in unserer Sprache viel deutlicher, aber auch einfacher werden und es mit praktischen Bildern unterlegen. Dass Menschen auf dem Lande, die einen fünf Jahre alten Verbrenner haben, der es im Zweifelsfall noch 20 Jahre tut, sich nicht gerne vorschreiben lassen, auf ein E-Fahrzeug umzusteigen zu müssen, vor dem Hintergrund, dass *Volkswagen* diese Woche angekündigt hat, erst im Jahr 2027 ein E-Auto für 20 000 Euro auf den Markt zu bringen. Das ist ein echtes Problem und hat Sprengkraft, denn die Leute zeigen uns dann den Vogel. Das ist völlig klar. Aber wir wissen, das Ende des Verbrennermotors ist beschlossen. Die Automobilindustrie hat sich darauf eingestellt und man kann da sicherlich über Technologieoffenheit reden. Auch das wird für die Menschen schon viel zu abstrakt. Sie müssen eine klare Perspektive bekommen, damit sie Sicherheit haben. Perspektivisch müssen auch im ländlichen Raum Möglichkeiten geschaffen werden. Wir könnten den ÖPNV entweder zu jeder Stunde aufstellen, dann wird das aber nie funktionieren, so viel ÖPNV können wir gar nicht ausbauen, oder man baut auf ÖPNV-Systeme „on demand“, mit wesentlich kleineren, flexibleren Fahrzeugen. Es ist wichtig, den Menschen Angebote zu machen und nicht nur zu sagen, „Wir fordern und überfordern euch“. Das sagen wir in dem Papier. Auch wenn es manchen schwerfällt, wir können uns dabei nicht wegducken, den Menschen zu sagen, „Leute, es wird auch Zumutungen geben“. Es wird nicht ohne Zumutungen gehen und wenn man das den Menschen offen und deutlich erklärt und die Menschen dann den Eindruck haben, okay, aber wenn schon, dann muss es wenigstens fair zugehen, dass dann die Bereitschaft, sich auch solchen Zumutungen zu stellen und Veränderungen zu akzeptieren oder im besten Falle mitzugestalten, deutlich wächst. Das ist keine Patentantwort. Ich weiß, dass die Situationen für die Menschen zum Teil komplett unterschiedlich sind, aber darauf müssen wir



Bezug nehmen und am Ende des Tages ehrlich in die Auseinandersetzung mit ihnen gehen, auch wenn sie manchmal unangenehm ist. Ich kenne das aus meiner vorherigen Tätigkeit. In vielen Betriebsversammlungen hatte ich nicht immer Zustimmung, aber am Ende sagen die Leute, „Okay, du hast wenigstens ‚Tacheles‘ geredet. Ich mag das vielleicht nicht alles so, aber ist es besser, als wenn du uns immer einen ‚Schmarrn‘ erzählst“. Denn das genau führt zu Missmut und dann auch zur Abkehr von Politik.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Das können wir alle überhaupt nicht brauchen. Frau Ganserer bitte.

Abg. Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Herr Hoffmann, ich möchte Ihnen noch mal danken, dass Sie beim Thema „gesellschaftlicher Zusammenhalt“ deutlich unterstrichen haben, dass wir mittlerweile einen Arbeitskräftemangel haben und nicht nur einen Fachkräftemangel. An dieser Stelle ein praktisches Beispiel. Ich war vor wenigen Wochen in Leipzig bei Deutschlands größtem Online-Second-Hand-Textilhändler und die berichten mir genau das. Die haben mittlerweile einige Hallen des ehemaligen *Quelle*-Versandhandels unter Beschlag und sind ein wachsendes Unternehmen gerade im Bereich von nachhaltigem Textil. Sie haben ein echtes Problem, einfache Arbeitskräfte für ein Zweischichtsystem zu finden. Deswegen vielen Dank, dass Sie das noch mal unterstrichen haben. Bei diesem Papier schreiben Sie sinngemäß, dass die Förderung der Fachkräfteeinwanderung entscheidend ist. Jedoch werden die aktuellen Migrationsdebatten und Integrationsherausforderungen als Hindernis betrachtet. Vielleicht könnten Sie etwas weiter ausführen, was Sie da als Hindernis betrachten, um das zu verdeutlichen. Sie haben es kurz angedeutet, dass der RNE auch haushaltsfiskalpolitische Reformen für staatliche Investitionen vorschlägt beziehungsweise sich damit noch beschäftigen wird. Vielleicht könnten Sie da etwas konkreter werden. Danke.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sie können gerne direkt antworten.

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Ich will das mit

einem Punkt nochmal ergänzen oder mich wiederholen in Bezug auf die sogenannten einfachen Arbeitskräfte. Wir sollten sie in keiner Weise diskreditieren oder verunglimpfen, es gibt solche Tätigkeiten. Es gibt Menschen, die sind froh, wenn sie solche Tätigkeiten machen. Arbeit ist manchmal auch mehr als nur Broterwerb. Sie hat immer auch etwas mit Identifikation, mit Kommunikation, mit Strukturen im Alltag zu tun. Am Ende des Tages gilt aber auch für die sogenannten einfachen Arbeitskräfte, dass sie halbwegs ordentlich bezahlt werden. Da war für viele Menschen der Mindestlohn schon ein gewisser Anker. Als wir den Mindestlohn im Jahr 2015 eingeführt haben, wurden sie deutlich besser bezahlt, zum Teil mit Einkommenssteigerung von bis zu 20 Prozent und mehr.

Das ganze Thema der Migration ist extrem komplex. Das ist jedoch nicht unsere Kernkompetenz oder überhaupt nicht unsere Kompetenz als RNE. Wir sehen es aber im Kontext mit der Transformation, dass wir Arbeitskräfte brauchen, ansonsten wird sie nicht gelingen. Wir machen die Erfahrung, und das ist eines der Hemmnisse, wenn wir über Zuwanderung und auch gezielte Zuwanderung sprechen, dass immer weniger Menschen nach Deutschland kommen wollen. Aus welchen Kontexten auch immer heraus, sie haben nicht mehr den Eindruck, hier willkommen zu sein. Und das wird eine Art Bottleneck sein. Wir erleben das gerade im Pflegebereich, in vielen anderen Sparten, wo Menschen aus Drittstaaten sagen, – nicht aus Mitgliedstaaten der EU, hier haben wir ja Freizügigkeit – „Nö, da fühle ich mich nicht wohl, da fühle ich mich nicht sicher“. Das ist ein Hemmnis. Wir müssen uns diesem Hemmnis annehmen und das ist weiterhin unser Plädoyer. Da gibt es unter den demokratischen Parteien auch keinen grundlegenden Dissens, dass wir uns weiter als eine weltoffene Gesellschaft verstehen, die ein Zuwanderungsland ist und in der Menschen Rechte und Pflichten haben, die der Menschenwürde entsprechen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Gibt es eine Nachfrage?

Abg. Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für die restliche Antwortzeit gerne Ausführungen zu den haushalts- und fiskalpolitischen Reformen.



Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Wir benennen, dass wir die Einnahmeseite verbessern müssen. Wir benennen sowohl die Erbschaftssteuer als auch die Vermögenssteuer. Die Erbschaftssteuer ist so gerecht zu gestalten, ohne dass beispielsweise Mittelständler mit kleinem Betriebsvermögen daran gehindert werden, ihren Betrieb weiterzuführen. Bei der Vermögenssteuer geht es darum, diese überhaupt wieder einzuführen. Das sind auch komplexe Themen. Das werden wir mit den beiden Instituten gemeinsam machen und dahinter steht auch die Vorstellung zur Reform der „Schuldenbremse“. Dazu hat sich Herr Hüther in den letzten Tagen mehrfach geäußert. Das geht in die richtige Richtung. Das wird ein Thema sein, das für diese Legislatur keine Umsetzungsrealität hat. Aber wie vorhin schon gesagt wurde, wir blicken ja über den Tag hinaus, auch über den September 2025. Dieses Thema gehört auf die politische Agenda. Als alter Europäer sage ich auch klar, dass es einen wirklich nachdenklich macht, wenn eine unverdächtige internationale Organisation wie der Internationale Währungsfonds (IWF) uns attestiert, dass wir uns selbst im Wege stehen mit unseren fiskalpolitischen Regeln. Dann sollten wir sie entsprechend reformieren, damit wir diese Barriere oder dieses Hindernis auch überwinden.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön. An dieser Stelle kann ich unser neues Beiratsmitglied begrüßen. Herzlich willkommen in unserer Runde, liebe Kollegin Maria-Lena Weiss.

Ich habe jetzt auf der Redeliste Frau Hagl-Kehl und Herrn Gerschau. Im Moment gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Bitte, Frau Hagl-Kehl.

Abg. **Rita Hagl-Kehl** (SPD): Herr Vorsitzender, lieber Rainer, vielen Dank für die Vorstellung dieser Papiere, die ich auch vor mir liegen habe oder besser gesagt online lesen kann, was ja auch nachhaltig ist. Ich möchte auf die „Lebenswelten“ eingehen. Ich komme aus dem Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus. Und es heißt in dem Papier auch, dass wir Leitplanken setzen müssen, damit wir auch steuerpolitisch die nachhaltige Lebensweise steuern können. Was ich jedoch in meinem Politikbereich auch merke, wir müssen die Menschen mit mehr Informationen versorgen. Wir haben kein Nachhaltigkeitslabel in

vielen Bereichen. Wenn wir eins haben, dann drucken es die Firmen einfach selber drauf. Die Menschen überlegen, „will mich da jemand zum Narren halten, wenn das Wasser in der Plastikflasche CO₂-neutral sein soll“, es aber aus einem anderen Land kommt. Dann weiß ich auch, dass das nicht stimmt. Genau da brauchen wir auch aus der Politik heraus Nachhaltigkeit und ein Label für Ernährung und auch für den Tourismus. Damit fangen bereits einzelne Firmen an. Das Thema müssen wir staatlich organisieren, damit das Vertrauen der Menschen da ist. Mich würde interessieren, welche Meinung Ihr dazu habt. Soll es staatlich gemacht werden oder dem Markt überlassen werden? Welche Lösung haben wir? Ich kann vom Verbraucher nicht erwarten, dass er in den Supermarkt geht und dort immer den kompletten Inhalt liest. Ich denke, dass er auch Unterstützung braucht, damit er sich eben nachhaltig ernähren kann, nachhaltig einkaufen und leben kann. Welche Möglichkeiten seht ihr da?

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Im Moment haben wir eine Mischung aus ganz unterschiedlichen Gütesiegeln. Einige davon sind sehr seriös. Sie sind über viele Jahre entstanden und auch mit ernsthaftem Interesse der jeweiligen Branchen verbunden, den Pfad in Richtung „Nachhaltigkeit“ zu begehen. Das wird immer konterkariert durch Ansätze, die nichts anderes sind als Greenwashing. Dazu haben wir jetzt keine eigene Position als RNE. Was die Verbraucherrechte betrifft, ist es zu mindestens 80 Prozent EU-Recht. Ich denke, da führt ein Weg über Produktinformationen, wegen des Binnenmarktes und damit die Waren, die wir aus Portugal oder woanders herbekommen, auch im Verbraucherrecht den gleichen Standards unterliegen. Wir haben kürzlich auf europäischer Ebene die Recycling-Richtlinie verabschiedet. Das ist sozusagen indirekt ein Gütesiegel, dass Produkte zukünftig in immer höheren Prozentansätzen recycelfähig sein müssen und nicht nur, dass das Zeichen „recycelfähig“ auf einer Plastikflasche steht. Das ist sehr kompliziert. In meinem „ersten Leben“ habe ich bei der Firma *Höchst* gearbeitet. Dort haben wir Kunststoffe hergestellt und verkauft. Die sind so unterschiedlich zusammengesetzt, dass sie sich zum Teil gar nicht auseinandernehmen und



recyclen lassen. Aber überall steht drauf „recycelfähig“. Da Standards zu setzen, die dann auch das halten, was sie versprechen, ist ganz wichtig. Das trägt zur Glaubwürdigkeit bei. Es ist allerdings ein europäisches Thema und fällt in den Bereich des europäischen Verbraucherrechts.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Es gäbe die Möglichkeit für eine Nachfrage? Okay, keine Nachfrage, vielen Dank. Dann habe ich jetzt auf der Redeliste Herrn Gerschau und anschließend mich. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist im Moment nicht der Fall. Bitte, Herr Gerschau.

Abg. **Knut Gerschau** (FDP): Herr Hoffmann, Sie fordern die Erhöhung von Steuern und Abgaben als Lenkungsinstrument für eine nachhaltige Lebensweise. Ebenso fordern Sie regulatorische Instrumente, also Ge- und Verbote, Grenzwerte und auch fiskalische Instrumente, Steuern, Abgaben, Subventionen. Erstens, was halten Sie von Anreizen, die nicht auf dem Prinzip von Ge- und Verboten beruhen, sondern von Einsicht und Freiwilligkeit im Sinne der Eigenverantwortung? Ein gutes Beispiel dafür, dass dies funktioniert, ist meines Erachtens das Deutschland-Ticket, das weiträumig angenommen wurde, ohne den Einzelnen zu belasten. Die Finanzierung erfolgt hierbei durch die Umschichtung in anderen Bereichen. Und wie sieht es aus, wenn solche Alternativangebote für viele Menschen zu teuer sind, Beispiel „Heizungstausch“? Zweitens, auch Unternehmen müssten dann durch höhere Abgaben ihren Beitrag leisten. Dabei gehören deutsche Unternehmen jetzt bereits zu den am stärksten Belasteten in ganz Europa. Wie kann dieser Widerspruch aufgelöst werden, um Akzeptanz bei den Betroffenen zu erwirken? Und drittens, Sie fordern eine Erweiterung des Kreditrahmens oder Sonderfonds bzw. Sondervermögen des Staates im Bereich der Transformation, zudem die Einführung eines Klimageldes trotz der bekannt knappen Haushaltslage. Wie stellen Sie sich die Finanzierung vor? Erbschaftssteuer und Vermögensteuer werden da allein nicht ausreichen. Danke schön.

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Vielen Dank, Herr Gerschau. Natürlich kann man in vielen Bereichen auch sehr klug mit Anreizen arbeiten. Und ich meine, das Deutschland-Ticket war ein

solches Beispiel, da haben Sie völlig Recht, und es war ein Erfolg. Solche Instrumente und Ansätze gilt es auch weiterzuentwickeln. Aber wir sind auch bei dem Beispiel des Deutschland-Tickets ganz schnell bei dem Thema „Finanzierung“. Wenn ich die Finanzierung nur durch Umschichtungen hinbekommen will, kann man das in vielen Bereichen auch machen. Auch das schlagen wir vor. Jetzt kann man streiten über die Zahlen des Umweltbundesamtes (UBA) über sogenannte umweltschädliche Subventionen. Das wären zumindest nach den UBA-Zahlen 60 Milliarden Euro. Und ich weiß, Herr Brinkhaus, das geht so nicht. In vielen Bereichen ist das auch verkehrt. Das sage ich auch. Aber dahinter steckt natürlich noch mal eine andere Perspektive. Dann komme ich aber wieder zu Herrn Gerschau. Selbst wenn ich beispielsweise bei der Pendlerpauschale was mache, hat es enorme Verteilungseffekte insbesondere für untere und kleinere Einkommen, die sich eben die Anreise zum Arbeitsplatz nur mit dem Pkw leisten können, weil kein ÖPNV existiert oder weil sie sich kein E-Fahrzeug kaufen können. Es ist also deutlich komplizierter. Deshalb sind die von Ihnen gestellten Fragen völlig richtig, aber sie sind extrem komplex. Ordnungspolitisch müssen wir uns damit auseinandersetzen. Und das ist es ja, was ich auch von den Unternehmen immer wieder höre, wenn gesagt wird, „setzt uns Leitplanken“. Mit Freiwilligkeit allein und ohne Leitplanken wird es nicht funktionieren. Diese bedeuten für die Wirtschaft „Level Playing Field“, also die Herstellung von gleichen Wettbewerbsbedingungen. Und das geht nur über Leitplanken und über Regulation und eben nicht nur über Freiwilligkeit. Dort, wo Freiwilligkeit funktioniert, wo Anreize funktionieren, wäre man schlecht beraten, das nicht auch zu machen. Aber selbst die Industrie und der Einzelhandel, die ja alle Wettbewerber sind, fordern am Ende des Tages Planungssicherheit, Rechtssicherheit und da brauchen wir Regulatorik. Die Einnahmeseite ist ein weites Feld. Bei allen Vergleichen der steuerlichen Belastungen der Unternehmen rate ich immer zu mehr Tiefgang. Ich würde immer auf die OECD-Zahlen schauen. Bei den OECD-Zahlen ist die Situation der steuerlichen Belastung und der Abgabenbelastung der deutschen Industrie hoch, aber wir sind nicht im Spitzenfeld. Das muss man der Ehrlichkeit halber sagen. Die



Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und gerade der energieintensiven Industrie hängt im erheblichen Maß vom Strompreis ab. Deshalb sind wir für einen sogenannten Brückenstrompreis. Das hat der RNE in der vorherigen Zusammensetzung so geäußert. Aber es ist natürlich ein sehr aufgeheiztes Thema. Wir müssen diese Zielkonflikte, die unterschiedlichen Positionierungen, wirklich auf den Tisch legen. Das ist immer die Empfehlung des RNE. Lasst uns nach gemeinsamen Lösungen und weniger nach der Ideologie schauen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Dann bin ich an der Reihe. Gibt es nach mir noch Redewünsche? Ich notiere Herrn Blankenburg.

Das ist eine spannende Debatte rund um die Frage, wie viel Freiheit, wie viel Leitplanken, also wie viel Regulatorik, wie viel Anreiz es braucht. In diesem Kontext möchte ich noch mal auf das ganz am Anfang Gesagte zurückkommen, weil mir das ein wesentlicher Aspekt zu sein scheint. Wie bekommen wir es hin, Bürgerinnen und Bürger mehr zu Akteuren dieser Überleitung in eine CO₂-freie Welt zu machen? Welche Möglichkeiten können wir ihnen eröffnen? Ein schönes Beispiel ist das Thema „Photovoltaik für Balkone“, so trivial, wie es um die Ecke kommt. Aber das zu erleichtern, hat ja immerhin mit zu diesem Photovoltaik Boom beigetragen. Jenseits aller Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen kaufen die Menschen Solarmodule, um sich diese an den Balkon zu schrauben. Garagendächer kommen auch in Frage. Deswegen will ich noch mal versuchen, diesen Aspekt stark zu machen. Wie diskutiert der RNE diesen Aspekt, erfolgt hier eine Anreicherung mit Beispielen und wie wird in diesem Zusammenhang auf die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie geschaut? Denn auch da müsste man ja eigentlich genau in diese Richtung steuern, um Akzeptanz zu erhöhen, um Menschen Möglichkeiten zu eröffnen. Da ist es auch klar, dass die ungleiche Vermögensverteilung einen Beitrag leistet. Menschen mit viel Vermögen haben mehr Spielräume, sich zu verhalten und sich selbst zu Akteuren zu machen. Die Menschen mit wenig Vermögen haben eben auch wenig Möglichkeiten. Wie schaffen wir es also, Bürgerinnen und Bürger noch mehr zu Akteuren dieser Transformation zu machen?

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Da müssen wir uns die Akteurs-Ebenen anschauen. Eine Akteurs-Ebene ist der Betrieb. Das ist ganz essenziell für Menschen und sie damit zu Akteuren bzw. zu Beteiligten zu machen, erfordert klare Mitspracherechte in den Unternehmen. Wir wissen, dass wir in vielen Betrieben ein sehr kooperatives Zusammenwirken von Betriebsräten und Unternehmensleitungen haben. Das deutlichste Beispiel kennt vielleicht auch jeder. Einer meiner letzten Betriebsbesuche als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) war bei *ThyssenKrupp* in Duisburg bei dem größten Hochofen, den wir in Europa haben. Es ist eine riesige Kathedrale. Da hatte ich die Chance, mir anzuschauen, wie der Hochofen komplett stillgelegt wird, um ihn neu aufzuschichten. Und da sagen mir die Betriebs- und die Geschäftsleitung eindeutig, „Reiner, wir hoffen, das ist das letzte Mal, wir machen uns auf dem Weg hin zu einer grünen Stahlerzeugung“. Das ist ein Projekt gewesen von Beschäftigten gemeinsam mit der Unternehmensleitung. Davon gibt es ganz viele. Das heißt aber, die Beschäftigten müssen die Möglichkeit haben, einbezogen zu werden.

Die zweite konkrete Ebene der Beteiligung sind die Kommunen. Auch hier ein praktisches Beispiel. In Rheinland-Pfalz hatten wir ein Projekt mit einem großen Industriepark. Die Beschäftigten kamen zu 80 Prozent mit dem Pkw zu ihrer Schicht. Das ist ein Dreischichtbetrieb mit 6.000 Beschäftigten und ihren Pkw's auf dem Industriepark. Warum, weil der öffentliche Verkehr immer dann fuhr, wenn kein Schichtwechsel war. Dann haben sich die Verantwortlichen zusammengesetzt, Betriebsleitung, Geschäftsleitung, mit dem öffentlichen ÖPNV-Anbieter und der Kommune. Innerhalb eines Jahres – manche sagen, es ist lang, aber ich fand das schon sehr schnell – waren die Fahrpläne geändert. Das war jetzt keine Randlage, wo die Menschen vom Land kamen, sondern ein Einzugsgebiet mit 50 Kilometern, ÖPNV war da möglich, nicht für alle, aber für viele. Auf einmal läuft der ÖPNV dann, wenn die Menschen zur Arbeit müssen. Das haben sie gemeinsam entwickelt. Und da gibt es tausend weitere Beispiele in den Kommunen.



Als anderes Beispiel nenne ich „Energiegenossenschaften“. Wenn man das anbietet, ist das genau wie mit den Photovoltaikanlagen für Balkone oder ähnlichem. Das täte uns allen gut. Da sind wir als RNE, ehrlicherweise, kapazitätsmäßig nicht so ausgestattet, obwohl ich das gerne machen würde. Vielleicht machen wir da einmal eine kleine Recherche zu, um dabei „Good Practice“-Beispiele zu identifizieren und deutlich zu machen, dass sich Beteiligung lohnt und auch Spaß machen kann um dabei diese Miesepetrigkeit zu überwinden. Das ist viel kleinteiliger, als nur die großen Reformräder zu drehen. Die sind auch notwendig, aber es wären Ansatzpunkte, die jeder in den Wahlkreisen organisieren könnte und da müssen wir viel mehr tun. Die Überleitung zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) machen wir dann nach dem Beitrag des Kollegen Blankenburg.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Bitte, Herr Blankenburg.

Abg. **Jakob Blankenburg (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Lieber Rainer, schön, dass Du heute da bist. Ich würde gerne ein Thema aufgreifen, das Du gerade in deinem Eingangsstatement angesprochen hast. Das ist die Frage, wie wir Menschen mitnehmen und was trauen wir Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg dorthin eigentlich zu. Wir haben im letzten Jahr vor allen Dingen gesehen, dass die Diskussion – wenn es um größere Reformen geht – sehr schnell politisch instrumentalisiert und zugespitzt worden ist. Das ist noch sehr freundlich ausgedrückt. Wir haben auf der anderen Seite auch gesehen, dass es in einem anderen Politikfeld, nämlich in der Ernährung- und Landwirtschaftspolitik, im letzten Jahr deutlich mehr Bewegung durch das Instrument des Bürgerrats gab. Ich bin in diesem Bereich kein Fachpolitiker, aber so habe ich euch in der Diskussion verstanden. Es sind Diskussionen aufgelöst worden, die seit Jahrzehnten vorher nicht gelöst werden konnten, weil sie politisch verhakt waren und unterschiedliche Perspektiven zusammengekommen sind. Deswegen würde mich mal Deine, aber auch Eure Perspektive zu diesem Thema interessieren, ob man nicht Transformationen auch gestalten kann, indem man sie ein Stück weit aus diesem akuten

politischen Diskurs rausnimmt, nicht die Entscheidung auslagert, aber die Diskussion unter Beteiligung und Einwirkung von Bürgerräten führt.

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Das haben wir in dem dritten Positionspapier, das wir letzte Woche verabschiedet haben, in Bezug auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Kommunen, auch genauso verankert. Das ist jetzt kein Ersatz für eine repräsentative Demokratie und auch kein Ersatz für Entscheidungsprozesse. Da gibt es unterschiedliche Modelle in den Kommunen, ob wir sie Bürgerräte oder anders nennen, für die Erarbeitung von Lösungen und dass ihre Stimmen gehört werden, auch wenn es sich hinterher nicht eins zu eins in der Umsetzung wiederfindet. Dieser Prozess fördert A, Akzeptanz und B, nicht zu unterschätzen, auch Lösungskompetenz. Bürgerinnen und Bürger haben in ihren lebenswürdigen Zusammenhängen bereits Kompetenz, die eben nicht mehr nur aus der Perspektive eines Verwaltungsaktes gesehen wird, wenn irgendwas gemacht, entschieden oder investiert werden soll. Das ist kein Allheilmittel, aber es ist auf jeden Fall empfehlenswert. Denn alle Erfahrungen, die wir bislang dazu in vielen Kommunen haben, sind sehr positiv. Ich komme noch mal darauf zurück. Wir hatten das heute bei der Konferenz „Zukunft der Industrie“. Das Gleiche gilt auch für die regionalen Zusammenhänge, also dort, wo wir regionale Wirtschaftscluster haben. Da kommen Kommunen, Gemeinden, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Betriebe und Gewerkschaften zusammen, um gemeinsame Lösungsperspektiven zu erarbeiten. Solche Beteiligungsformen müssten wir intensivieren. Die brauchen nicht viel Ressourcen. Man muss die Strukturen unterstützen. Das machen zum Teil die Länder und die Kommunen. Es gibt aber auch Bundesförderung für solche Projekte. Die sind nicht so sichtbar wie eine steile, provokative These, über die man sich dann sehr klar und schnell zerfetzen kann. In den Medien gilt „only bad news are good news“. Aber diese kleinen positiven Beispiele sichtbar zu machen, könnte uns allen helfen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Noch eine Nachfrage?



Abg. **Jakob Blankenburg** (SPD): Ja. Ihr habt das jetzt sehr stark auf die kommunale Ebene gehoben. Wie sieht es auf der Bundesebene aus?

Reiner Hoffmann (Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung, RNE): Mit der Bundesebene haben wir uns nicht beschäftigt, auch mit der regionalen Ebene nicht, sondern das Papier ist bezogen auf die Kommunen. Deshalb haben wir die anderen Perspektiven leider nicht in den Blick nehmen können.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein ganz herzliches Dankeschön. Damit sind wir am Ende dieses Fachgesprächs. Wir bedanken uns sehr herzlich für die Einblicke. Die Diskussion um die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wird weitergehen, die Diskussion um den Zusammenhalt auch. Deswegen ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle.

Wir machen in unserer Tagesordnung weiter.

Tagesordnungspunkt 2

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)118

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Es liegen keine Prüfbitten vor. Deswegen stimmen wir ohne Aussprache ab. Wer ist dafür, die Votenliste so anzunehmen? Diejenigen bitte ich um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen. Damit ist die Votenliste einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlussfassung über die Durchführung öffentlicher Fachgespräche

a) zum Thema „SDG 3 - Gesundheit und Wohlergehen (Schwerpunkt Gesundheitsförderung und Prävention)“ am 26. Juni 2024

b) zum Thema „Nachhaltiger Tourismus“ am 3. Juli 2024

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir haben in der Obleuterunde verabredet, dass wir am 26. Juni 2024 ein Fachgespräch zum Thema „SDG 3 Gesundheit und Wohlergehen“ führen werden. Es sind zwei Sachverständige angekündigt, Frau Ute Teichert vom BMG und Frau Meike Voss vom Center for Planetary Health Policy. Diejenigen, die diesem Fachgespräch zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen. Auch das ist einvernehmlich, alle Fraktionen haben zugestimmt.

Am 3. Juli 2024 soll es um das Thema nachhaltiger Tourismus gehen. Wir haben zwei Sachverständige, Maximilian Hillmeier, ein Gemeindetourismusedirektor und Herrn Thomas Ellerbeck von *TUI Care Foundation*. Zusagen über eine Teilnahme der Sachverständigen liegen vor. Diejenigen, die zustimmen, bitte ich um das Handzeichen. Auch das ist einvernehmlich. Alle Fraktionen haben zugestimmt und damit ist es so beschlossen. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 4

Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Damit kommen wir zu „Verschiedenes“. Gibt es von Ihrer Seite Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Dann von mir noch ein Hinweis: Die Delegationsreise zum High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) nach New York ist genehmigt worden. Wir freuen uns sehr darüber.

Und damit habe ich auch diesen Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir unterbrechen kurz für drei bis fünf Minuten und setzen dann mit der nächsten Sitzung fort. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 17:59 Uhr

Helmut Kleebank, MdB
Vorsitzender